

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: FOCKE STRANGMANN

BREMER SPD BLICKT OPTIMISTISCH NACH VORNE

Von Andreas Bovenschulte

Für die SPD im Land Bremen war das Jahr 2012 ein gutes Jahr, politisch wie organisatorisch. Politisch sind wir mit der Umsetzung unseres Regierungsprogramms und des Koalitionsvertrages einen großen Schritt weiter gekommen. Organisatorisch ist es uns gelungen, im letzten „wahlkampffreien“ Jahr vor der Bundestagswahl 2013, der Europawahl 2014 und der nächsten Bürgerschaftswahl 2015 die Grundlage dafür zu schaffen, die Herausforderungen von drei aufeinander folgenden Wahlkämpfen zu bewältigen und blicken als SPD im Land Bremen auch hier optimistisch nach vorne.

Die folgenden Ausführungen zu einigen politischen Schwerpunktthemen dieses Jahres können nur einen kleinen Teil unserer gesamten Politik für Bremen und Bremerhaven darstellen. Aber sie stehen exemplarisch für die tragenden Säulen unseres „sozialdemokratischen Dreiklangs“: Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Förderung einer dynamischen Wirtschaft und die Ausrichtung unserer Politik an den Erfordernissen nachhaltiger ökologischer Verantwortung:

Ein Mindestlohn für das Land Bremen

Ein zentrales Vorhaben, das wir in diesem Jahr in die Tat umgesetzt haben, war die Einführung eines Mindestlohns für das Land Bremen, die auch überregional einige Beachtung gefunden hat. Ungeachtet des Fortbestehens unserer nachdrücklichen Forderung nach einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn haben wir im Land Bremen durchgesetzt, dass dort, wo das Land mit öffentlichen Mitteln agiert – entweder direkt als Arbeit- oder Auftraggeber oder über Förderungen und Zuwendungen – eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro gilt. Im Bundestagswahlkampf werden wir uns nun dafür einsetzen, dass künftig für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt: Wer Vollzeit arbeitet, soll von dieser Arbeit auch leben können und nicht auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen sein.

Mehr Arbeitsplätze in Bremerhaven durch Offshore-Windenergie

Zum Jahresende haben wir eine bedeutende Entscheidung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Land

Bremen auf den Weg gebracht: Das neue Offshore-Terminal in Bremerhaven soll als Heimathafen für die Offshore-Windenergieindustrie sicherstellen, dass Bremerhaven auch weiterhin eine herausragende Rolle als Zentrum für Produktion und Logistik in der Windkraftbranche spielt. Innerhalb weniger Jahre sind hier in Bremerhaven viele zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Dynamik für Bremerhaven erhalten bleibt.

Lebensstandard sichern – Armut verhindern: Das rentenpolitische Konzept der SPD

Ein wichtiges bundespolitisches Thema, das uns als SPD im Land Bremen in diesem Jahr intensiv beschäftigt hat, war die Mitarbeit am Rentenkonzept der SPD, das auf dem Parteikonvent am 24. November beschlossen wurde und eine gute Grundlage dafür bietet, im Bundestagswahlkampf eine klare Alternative zu den Plänen von Schwarz-Gelb vorzulegen. Zentraler Diskussionspunkt war die Frage des künftigen Rentenniveaus.

Fortsetzung auf Seite 4 >

JAHRESAUFTAKT 2013:

Die SPD-Landesorganisation lädt zum Auftakt des politischen Jahres 2013 wieder in die Schwankhalle in der Bremer Neustadt ein:

FREITAG, 18. JANUAR 2013
BEGINN: 19:30 UHR
EINLASS: 19:00 UHR

Schwankhalle
 Buntentorsteinweg 112
 28201 Bremen

Reden:
 Andreas Bovenschulte, SPD-Landesvorsitzender Bremen
 Ralf Stegner, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Schleswig-Holstein

Musik:
 Bella Mare und die Beachbuben

Anmeldung:
info-bremen@spd.de
 Tel. 0421/3 50 18-0

BREMEN WIRTSCHAFTLICH, SOZIAL UND ÖKOLOGISCH WEITERENTWICKELN – UND RAUS AUS DER SCHULDENFALLE!

Von Bürgermeister Jens Böhrnsen



FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRENS

Jens Böhrnsen ist seit November 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats.

Es ist und bleibt die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre: bei allen Bemühungen zur Konsolidierung des Haushalts eine Politik zu gestalten, die stets die Menschen und ihre Rechte auf gleiche Lebenschancen und mehr Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven in den Mittelpunkt stellt. Wir machen eine Politik für alle Teile der Gesellschaft. Deshalb richten wir die Schwerpunkte unserer Politik an drei Grundsäulen aus: starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialer Zusammenhalt.

Wir spüren in den beiden Städten unseres Landes eine positive Stimmung, die wir durch unsere Landespolitik verstärken wollen. Die Wirtschaft ist im Aufschwung, unser größter privater Arbeitgeber Mercedes baut so viele Autos wie nie zuvor. Die Häfen boomen und in der Luft- und Raumfahrt ist Bremen Spitze. Unsere Universität hat mit ihrem Erfolg in der Exzellenzinitiative bundesweit Schlagzeilen gemacht. Ganz vorne dabei sind Bremen und Bremerhaven bei der Energiewende. Unser Land und ganz besonders Bremerhaven ist ein führender Standort der Offshore-Windenergie. Damit wir unsere Spitzenposition in diesem wichtigen Zukunftsfeld festigen können, werden wir das Projekt „Offshore-Terminal-Bremerhaven“ weiter mit Nachdruck verfolgen. Die öffentliche Hand wird neben den reinen Baukosten des Terminals in Höhe von rund 180 Mio. Euro für die verkehrliche Erschließung und die angrenzenden Gewerbeflächen bis zum Jahr 2040 zwischen 150 und 200 Mio. Euro aufbringen – trotz Schuldenbremse

und Haushaltsnotlage. Das ist mit Abstand die arbeitsmarktintensivste Investition in Bremen. Sie gehört nach ganz oben auf die Prioritätenliste und wir werden dieses Projekt daher ohne Abstriche realisieren.

Die positiven Nachrichten aus Wirtschaft und Wissenschaft müssen wir mit dem Auftrag verbinden, die andere Seite der Medaille nicht zu übersehen. Die soziale Spaltung unserer Städte ist noch lange nicht überwunden. In einigen Stadtteilen können Kinder immer noch nicht den Bildungs- und Lebensweg einschlagen, der der richtige für sie wäre, weil es das Portemonnaie der Eltern nicht hergibt und weil unsere Haushaltslage es nicht erlaubt, für optimale Kinderbetreuung und für exzellente Schulen zu sorgen. Deshalb steht für mich auch außer Frage, dass wir an den koalitionsvertraglich vereinbarten Schwerpunkten wie dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Umsetzung von mehr ganztägigem Lernen und der Inklusion und einer gesicherten Unterrichtsversorgung in unseren Schulen festhalten werden und – den Turbulenzen der vergangenen Tage zum Trotz – die hierfür erforderlichen Mittel ohne Wenn und Aber aufgebracht werden müssen.

Auch beim Wohnungsbau müssen wir in den kommenden Jahren wieder stärker in die Offensive gehen. Es muss unser Ziel sein, ausreichend preiswerten Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen anzubieten, der sozialen Entmischung entgegenzuwirken und im ganzen Stadtgebiet ein ausgewogenes

Wohnangebot zu schaffen. Dafür habe ich gemeinsam mit dem Bausenator das Bremer Bündnis für Wohnen ins Leben gerufen. Wohnen ist keine Ware wie jede andere – es ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Unsere Aufgabe ist es, eine angemessene Versorgung mit Wohnraum auch für die Menschen sicher zu stellen, die sich am Markt nicht aus eigener Kraft versorgen können. Wir haben die Bauwirtschaft sowie die relevanten Interessengruppen und Initiativen Bremens eingeladen, um gemeinsam zu überlegen, wie wir auch vom Mittelstand bezahlbare Neubauten schaffen können. Wir brauchen einen ausgeglichenen und sozialen Wohnungsmarkt in Bremen, der allen sozialen Schichten ein ihnen angemessenes Angebot machen kann. Und wir müssen junge Familien in Bremen halten, um eine demographisch zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen.

Durch die Vereinbarungen zur Schuldenbremse bis 2020 in Verbindung mit den Bremen zugesprochenen Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro als jährlich hat die Notwendigkeit zur Sanierung des Haushaltes eine neue, zusätzliche Dimension erhalten. Wir müssen unser strukturelles Defizit Jahr für Jahr um 120 Mio. Euro abbauen. Nur dann erhalten wir die Unterstützung des Bundes und der anderen Länder. Es führt also kein Weg daran vorbei, in Zukunft Politik mit begrenzten finanziellen Mitteln zu gestalten. Um die Sparvorgaben zu erfüllen, müssen wir kritisch prüfen, wie wir unsere Aufgaben erledigen. Sind die vorhandenen Strukturen effektiv? Wie können wir in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes die Arbeitsabläufe verbessern? Wir werden alles daran setzen, die Verwaltung noch effizienter zu gestalten. Die nächsten Jahre werden nicht einfach werden. Aber ich bin mir sicher, wir werden es schaffen, die Handlungsfähigkeit der staatlichen und kommunalen Einrichtungen zu sichern, die Finanzen des Landes zu ordnen und uns Schritt für Schritt aus der Schuldenfalle zu befreien. Denn der Kampf gegen den weiteren Anstieg der Verschuldung ist nicht nur finanzpolitisch der einzig gangbare Weg, er ist auch gesamtpolitisch richtig und notwendig, denn nur so können wir uns und unseren Kindern überhaupt zukünftige Entscheidungs- und Handlungsspielräume erhalten. ■

TERMINE:

**Parteiöffentliche
Funktionärs- und
Organisationskonferenz:**

**DIENSTAG, 8. JANUAR 2013,
19:00 UHR**

**Konsul-Hackfeld-Haus, Saal
Birkenstraße 34
28195 Bremen**

**Thema: Landesrichtlinie zur
Aufstellung der Kandida-
tinnen und Kandidaten für
die Bürgerschaftswahl 2015**

**Landesdelegiertenkonferenz
zur Aufstellung der Kandida-
tinnen und Kandidaten
für die Landesliste der
SPD Bremen zur Bundes-
tagswahl 2013:**

**FREITAG, 25. JANUAR 2013,
18:00 UHR**

**Bürgerzentrum Neue Vahr
Berliner Freiheit 10
28327 Bremen**

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Tim Cordßen.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

„Stammtischparolen lösen keine Probleme“

SPD-Bürgerschaftsfraktion legt Maßnahmenkatalog für das Umfeld der George-Albrecht-Straße vor

Seit langem gilt das Quartier als sozialer Brennpunkt. „Der verwahrloste Wohnkomplex an der George-Albrecht-Straße dient zum Bunkern und Vertrieb von Betäubungsmitteln, was in die übrigen Straßen ausstrahlt“, lautete schon Anfang des Jahres die Analyse der Polizei in der Übersicht der Bremer Gefahrenorte. Aber auch darüber hinaus geriet die Straße immer wieder durch Kriminalität und aggressive Auseinandersetzungen in die Schlagzeilen. Trauriger Höhepunkt: Eine 89 Jahre alte Dame verstarb, nachdem sie bei einem Überfall brutal von einem jugendlichen Intensivtäter zusammengeschlagen worden war.

Schuldige für die aus dem Ruder laufende Situation waren zumindest an den Stammtischen schnell gefunden: Das Hauptproblem seien die in der George-Albrecht-Straße lebenden Roma hieß es. Ausländerfeindliche Tendenzen brachen sich Bahn und es folgte der reflexartige Ruf nach der Abschiebung ganzer Familien. Und das, obwohl die Realität anders aussieht. Nicht die Roma-Familien, denen die örtliche Polizei im Gegenteil eine hohe Kooperationsbereitschaft bescheinigt, sondern vor allem Jugendliche aus umliegenden Ortsteilen seien es, die Aggression und Kriminalität in das Quartier tragen, heißt es aus Polizeikreisen.



Konzepte statt Parolen: Sükrü Senkal, Margitta Schmidtke und Klaus Möhle machen sich für die George-Albrecht-Straße stark.
Fotos: SPD-Fraktion

Das die Vorfälle für Ängste sorgen, sei verständlich. „Unreflektierte Stammtischparolen lösen allerdings keine Probleme“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal: „Wir müssen stattdessen konkret auf die Situation vor Ort reagieren.“ Genau das hat sich jetzt eine Arbeitsgruppe innerhalb der SPD-Fraktion zum Ziel gesetzt: Gemeinsam mit Akteuren aus Blumenthal wurde ein ganzes Bündel an Maßnahmen entwickelt, um die Lage zu stabilisieren. „Wir dürfen die George-Albrecht-Straße nicht sich selbst überlassen. Denn wenn es einen Schuldigen für die Probleme gibt, dann sind das die soziale Ausgrenzung, die Perspektivlosigkeit und die Benachteiligung vieler Menschen die dort leben“, betont auch der Sozialpolitiker Klaus Möhle.

Die SPD-Fraktion fordert daher nun ein duales Konzept: „Auf der einen Seite muss sichergestellt werden, dass die Polizei in dem betroffenen Bereich konsequent in Abstimmung mit der Justiz gegen Kriminalität und insbesondere gegen jugendliche Intensivtäter vorgeht. Auf der anderen Seite müssen wir aber vor allem die generelle Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessern“, betont die Bremen-Norder SPD-Abgeordnete Margitta Schmidtke.

Dazu soll unter anderem ein Quartiersmanagement beitragen: Untergebracht in einem neuen Quartierszentrum, das den Bewohnern als Anlauf- und Beratungsstelle dienen soll, könnten hier die Fäden für alle sozialen und sozialpolitischen Maßnahmen zusammenlaufen. Außerdem gehe es darum, Perspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen – unter anderem durch spezifische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie durch eine Stabilisierung der ausländerrechtlichen Aufenthaltssituation der Bewohner.

Ziel dabei ist es, für das Quartier rund um die George-Albrecht-Straße ein konkretes Förderprogramm aufzulegen – analog zum erfolgreichen Projekt „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN). Flankiert werden soll das Ganze zudem durch städtebauliche Maßnahmen und feste Sprechstunden des Kontaktpolizisten. „Kriminalität entsteht nicht zufällig, sondern oft aus Perspektivlosigkeit. Genau da liegt die Wurzel der Probleme, die wir jetzt angehen müssen“, sagt Senkal. Allein mit polizeilichen Mitteln klare Grenzen zu ziehen, reiche dabei nicht aus. „Es geht auch darum, den Menschen überhaupt erst einmal Chancen einzuräumen, ihre eigenen Lebensumstände zu verbessern.“ (mk) ■

DREI NEUE KÖPFE FÜR DEN SENAT



FOTO: SENATPRESSESTELLE

Eva Quante-Brandt, designierte Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Auf dem wegen des Rücktritts von Renate Jürgens-Pieper als Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit kurzfristig einberufenen Landesparteitag am 12. Dezember 2012 stehen drei wichtige Personalentscheidungen an. Der Landesvorstand ist dem Vorschlag von Bürgermeister Jens Böhrnsen, künftig ein eigenes Ressort für den Bereich Gesundheit zu bilden, ebenso wie den personellen Besetzungsvorschlägen dazu einstimmig gefolgt.

Als Senator für Gesundheit ist Hermann Schulte-Sasse vorgeschlagen. Der promovierte Mediziner blickt auf langjährige gesundheitspolitische Erfahrung zurück. Nach Stationen als Entwicklungshelfer in Ecuador und Oberarzt



FOTO: SENATPRESSESTELLE

Hermann Schulte-Sasse, designerter Senator für Gesundheit

am Klinikum Bremen-Mitte war er Gesundheitsdezernent der Stadt München, Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium und Staatssekretär für Gesundheit in Berlin. 2007 kam er als Staatsrat für Gesundheit zurück nach Bremen.

Neue Senatorin für Bildung und Wissenschaft soll Eva Quante-Brandt werden. Sie ist seit der Bürgerschaftswahl 2011 Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa sowie für Integration. Davor war die ausgebildete Lehrerin als Professorin an der Universität Bremen tätig, unter anderem als Direktorin der Akademie für Arbeit und Politik. In der bremischen SPD ist sie darüber hinaus keine Unbekannte: Ihr politisches Engagement be-



FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRENS

Ulrike Hiller, designierte Bevollmächtigte Bremens beim Bund und für Europa

gann sie bereits vor vielen Jahren unter anderem als Juso-Landesvorsitzende und Mitglied des Landesvorstandes.

Für die Nachfolge als Bevollmächtigte Bremens beim Bund und für Europa haben Jens Böhrnsen und der Landesvorstand die Bürgerschaftsabgeordnete Ulrike Hiller vorgeschlagen. Ulrike Hiller ist seit 2007 Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Bundes- und Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit und gehört dem Vorstand der Bremischen Bürgerschaft an. Die gelernte Erzieherin und Diplom-Juristin war zudem als Frauenbeauftragte tätig und vor ihrer Abgeordnetentätigkeit viele Jahre Beiratsmitglied und Sprecherin des Beirats Bremen-Mitte. ■

LANDES-PARTEITAG:

mit Nominierung von Senatsmitgliedern:

**MITTWOCH,
12. DEZEMBER 2012,
19:00 UHR**

**BLG-Forum, Am Speicher XI
28217 Bremen**

IN EIGENER SACHE:

Die nächste Ausgabe des bremerFORUM erscheint im März 2013. Im Februar erscheint eine Sonderausgabe des vorwärts zum 150-jährigen Jubiläum der SPD ohne Regionalbeilagen.

Fortsetzung von Seite 1:

Die SPD spricht sich hierbei für eine Beibehaltung des derzeitigen Rentenniveaus und eine weitere Überprüfung im Jahr 2020 aus. Auch in weiteren Punkten entspricht der Beschluss des Parteikonvents den Forderungen der Bremer SPD. So sieht er die Aussetzung der Rente mit 67, einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren sowie wie die Einführung einer Solidarrente von 850 Euro vor, damit langjährig Versicherte im Alter nicht auf staatliche Fürsorge angewiesen sind.

Senatumbildung nach Rücktritt von Renate Jürgens-Pieper

Zum Jahreswechsel bestimmen darüber hinaus ganz aktuelle Ereignisse unsere politische Tagesordnung: Durch den Rücktritt von Renate Jürgens-Pieper als Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit müssen wir uns kurzfristig noch mit wichtigen Personalentscheidungen befassen. Renate Jürgens-Pieper hat seit ihrem Amtsantritt 2007 viele entscheidende Impulse für die Entwicklung der bremischen Schulpolitik gegeben, bundesweit beispielgebend war der „Bremische Schulkonsens“, mit dem 2008 eine parteiübergreifende Einigung zur Schulstruktur gefunden werden konnte. Für die geleistete Arbeit sind wir Renate Jürgens-Pieper zu großem Dank verpflichtet.

Für den Landesparteitag am 12. Dezember 2012 hat der Landesvorstand nun auf Vorschlag von Bürgermeister Jens Böhrnsen einen Personalvorschlag vorgelegt, der die Bildung eines eigenen Ressortbereichs Gesundheit vorsieht. Als Senator für Gesundheit ist Hermann Schulte-Sasse vorgeschlagen, der bereits von 2007 bis 2011 als Staatsrat für Gesundheit tätig war und über große Erfahrung in der kommunalen Gesundheitsversorgung verfügt. Eva Quante-Brandt, bisher Bevollmächtigte Bremens beim

Bund und für Europa, soll künftig den Bereich Bildung und Wissenschaft als Senatorin verantworten. Eva Quante-Brandt kann ebenfalls auf umfassende Erfahrungen zurückblicken – sie ist ausgebildete Lehrerin, war als Professorin an der Universität und in der Erwachsenenbildung tätig. Für das Amt der Beauftragten beim Bund und für Europa sowie für Integration schlägt der Landesvorstand dem Parteitag die Genossin Ulrike Hiller vor, seit 2007 Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Bundes- und Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dem Landesparteitag schließen wir die politische Arbeit des Jahres 2012 langsam ab und blicken nach vorne: Unser Jahresauftakt am 18. Januar 2013 in der Schwankhalle in Bremen läutet das politische Jahr 2013 ein, als Gast hat bereits Ralf Stegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, zugesagt. ■



FOTO: PATRICE KUNTE

**Andreas Bovenschulte,
Landesvorsitzender**